

Amtserlaubniß zu ihrer Niederlassung im Oldenburgischen, Geburts- und Confirmationschein, so wie eine Bescheinigung über die Einwilligung der Eltern oder Vormünder mit Siegel beigebracht haben müssen; auch wird dabei ein Zeugniß ihres kirchlichen und sittlichen Verhaltens nicht fehlen dürfen, wenn ihre Anmeldung zur Proclamation genügen soll. (Vergl. Consist.-Circ. vom 18. Februar 1818.) *)

Fremde, welche sich in der Gemeinde nur zeitweilig aufgehalten haben, dürfen auf einen amtlich besiegelten Schein des Predigers ihrer Heimath, daß sie dort proclamirt werden, auch hier proclamirt werden.

Hiesigen Unterthanen, welche sich in Preußen verheirathen wollen, ohne die hiesigen Heimathsverhältnisse aufzugeben, darf der Aufgebotsattest erst nach Ertheilung eines Heimathscheines von dem hiesigen Amte oder Magistrate an den Geistlichen, der den Attest auszustellen hat, zugesandt werden. (Consist.-Verordn. vom 20. Mai 1840.)

2.

Ob der Bräutigam Gesell eines anderen Handwerks als des Maurer-, Zimmerer- oder Steinhauerhandwerks ist, hat der Prediger, bei welchem die Anmeldung geschieht, sicher, wenn nöthig durch einen Amtsschein zu erforschen.

Allen Gesellen, außer den Maurer-, Zimmer- und Steinhauer- gesellen ist nämlich das Heirathen vor der Zulassung als Meister ihres Handwerks von Großherzoglicher Regierung laut Rescr. vom 16. November 1834 verboten. (Vergl. Circ. d. G. vom 14. Sptbr. 1831.)

Gesellen sind also nicht ohne Amtsbesccheinigung zu verloben, zu proclamiren und zu copuliren, auch dann nicht, wenn sie erklären, daß sie ihr Handwerk niederlegen wollen. Bei Maurern, Zimmerern und Steinhauern ist die Amtsbesccheinigung nicht erforderlich, auch bei denen nicht, von welchen der Prediger gewiß weiß, daß sie nicht Handwerksgefallen sind. (Consist.-Bekanntm. vom 14. Jan. 1835.)

*) Es kann der Fall vorkommen, daß die Proclamation eines mehrere Jahre entfernt gewesenem Brautpaares vom Auslande her in der Heimath verlangt wird. Eine solche Proclamation macht die Einlieferung der Bescheinigungen nothwendig, welche das kirchliche Verhältniß fordert, denn die Proclamation ist kirchliche Sanction.